

## **Pressemitteilung des Bündnisses Porz Mitte zur Mitgliederversammlung am 21.02.2018 und zu aktuellen Problemen bei der Revitalisierung der Porzer Innenstadt**

Am 21.02.2018 fand in der Glashütte die Mitgliederversammlung des Bündnisses Porz-Mitte statt, eines überparteilichen, demokratischen Zusammenschlusses von über 300 Porzerinnen und Porzern.

Auf dem ergebnisreichen Abend wurde noch einmal eindringlich das sich abzeichnende Desaster bei der Baustellenlogistik skizziert. Wenn nach dem Abriss des Herties Haus 1 auf dem Friedrich-Ebert-Platz zuerst gebaut werde, werde für Haus 2 und 3 so der Baustellenzugang von der Hauptstraße verbaut und danach wäre es unvermeidbar, dass durch die Fußgängerzonen Bahnhofstraße und Josefstraße die schweren Baulaster donnerten, was den dortigen Geschäften erheblich zusetzen dürfte. Statt Schoko-Streuseln auf dem Eis gibt es dann Betonstaub. Unverständlich war für das Bündnis, warum die regierenden politischen Parteien nicht nach einer konstruktiven Lösung suchten, sondern das absehbare Desaster ungerührt auf sich zukommen ließen. Auch beim Dechant-Scheben-Haus äußerte sich das Bündnis verwundert darüber, dass seitens der regierenden Parteien wenig Druck aufgebaut würde, damit der Abriss im Einklang mit den übrigen Baumaßnahmen vollzogen würde und nicht erst nach Fertigstellung von Haus 1, wenn dann auch dieser Bauverkehr nur über die Fußgängerzone abgewickelt werden könne.

Bedauern äußerte das Bündnis darüber, dass die regierenden Parteien sich einem Gespräch bisher verweigert hätten, obwohl das Bündnis dezidiert überparteilich sei, und Mitglieder aus allen Parteien in der BV auch in seinen Reihen vertreten wären.

Das Bündnis zeigte sich zudem sehr verärgert über die städtische Informationspolitik im Beirat und war ebenso erschrocken über das Vorgehen der Stadt beim ISEK. So sei der Beirat von wichtigen Informationen ausgeschlossen worden. Bei einer Begehung im Sommer 2017 wären Investor, NRWurban und das Ministerium anwesend gewesen, der Beirat wurde erst nachträglich informiert. Und bei der Gestaltung der Fassaden der zukünftigen Gebäude 1,2 und 3 in der neuen Mitte werde der Beirat gar nicht erst befragt. Das mag bei den privaten Investoren von Haus 2 und 3 eine Frage des Entgegenkommens der betreffenden Investoren sein, bei Haus 1 aber ist die städtische Gesellschaft moderne Stadt der Investor und insofern sieht das Bündnis keinen Grund, warum lediglich der Bürgeramtsleiter als Vertreter des Beirates an den Beratungen teilnehmen soll, zumal dieser vor der ersten Sitzung keine Möglichkeit mehr habe, mit dem Beirat Rücksprache zu halten und gerade Gebäude 1 nach der jetzigen Planung als Leitobjekt eine richtungsweisende Rolle zukomme. Hier fordert das Bündnis eine bessere Beteiligung des Beirates.

Zudem fehlten im Beirat wichtige Akteure, die für die Revitalisierung wichtig seien. Angsträume, wie die KVB-Haltestelle oder dunkle Ecken in Porz-Mitte, machten eine Beteiligung der entsprechenden Akteure wie z.B. der Polizei im Beirat sinnvoll. Das Bündnis fordert, dass analog zu Beiräten in anderen Städten das Verkehrsunternehmen und die Polizei (z.B. u.a. für die Erstellung eines von der Bürgerschaft gewünschten Sicherheitskonzeptes) am Beirat beteiligt werden und dort mit Sitz und Stimme vertreten sind. Ein Unding sei es auch, dass angesichts der Bevölkerungszusammensetzung in Porz-Mitte kein Vertreter für Bürger mit Migrationshintergrund dem Beirat angehöre, obwohl über bestehende Organisationen ja entsprechende Vertreter einzubinden möglich gewesen wäre.

Zorn rief das Vorgehen der Stadt in Bezug auf das ISEK auf der letzten Beiratssitzung am 29.01.18 hervor. So wurden u.a. alle sozialen Projekte gestrichen, weil sie nach Auskunft der Stadt nicht durch Mittel für die Städtebauförderung gefördert werden können. Durch diese massiven Streichungen sei das Etikett „Integriertes Konzept“ ein Schwindel, durch den auf der Beiratssitzung deutlich werdende Mangel an konkreten Planungen auch kein wirkliches städtisches Entwicklungskonzept.

Neben den sozialen Projekten solle, so die Forderung des Bündnisses, die Stadt auch den Wünschen der Bürgerschaft entsprechend bauliche Ideen aufnehmen und Fördermöglichkeiten aus anderen Töpfen auf tun (wie z.B. beim Projekt „Starke Veedel“ den Europäischen Sozialfonds) oder eben Eigenmittel bereit stellen. Hier kündigte das Bündnis an, in Kürze dem Defizit bei konkreten Planungen mit konkreten eigenen Vorschlägen zu begegnen.

Schließlich beschloss man, massiv sich dagegen zu wehren, dass der bisher sehr einheitliche und deutliche Wunsch der Bürgerschaft nach Verbleib der Musikschule und Neubau der Grundschule am jetzigen Standort im ISEK bisher ignoriert wird.